

Das Tabu der illegalen Zuwanderung

Vielen Migranten wird – im Interesse der Menschenhändler – eine humane Behandlung verwehrt

Von Matthias Drobinski

Über Ludger Volmers unseligen Visa-Erlass lässt sich wenig Gutes sagen, einen nützlichen Nebeneffekt könnte die Affäre aber haben: Es wird wieder über die so genannten Illegalen geredet, die ohne Papiere, mit ungültigen oder gefälschten Dokumenten in die reichen Länder kommen. Manchmal, um Verbrechen zu begehen, immer wieder als Arbeits- oder Sex-Sklaven, meist aber, weil sie auf ein kleines Stück vom großen Glück hoffen, auf fünfhundert oder tausend Euro nach drei Monaten Schwarzarbeit, die in Rumänien, der Ukraine oder Albanien ein Vermögen bedeuten.

Sie sind polizeilich verboten und behördlich nicht vorgesehen, und doch sind sie überall. Die Illegalen sind bis in die Intimsphäre der Deutschen vorgedrungen. Sie waschen ihnen die Wäsche, wienern ihre Wohnzimmer, legen Fliesen, streichen Wände. Sie pflegen die Gebrechlichen und Bettlägrigen, sorgen als Niedriglohnarbeiter für billiges Fleisch und bezahlbaren Spargel. Sie sind meist brav und selten kriminell, denn wer auffällt, fliegt raus. Zwischen 500 000 und einer Million Illegale leben in Deutschland. Sie sind die Vogelfreien der Globalisierung, leben rechtlos, ohne Krankenversicherung, ausgeliefert der Willkür der Schleuser und der deutschen Kunden.

Das alles ist seit dem Fall des Eisernen Vorhangs so, und seitdem reagieren die deutschen Behörden, der Bundesgrenzschutz, die Polizei mit hilfloser Härte auf das Problem. Zunächst einmal ist die Härte berechtigt: Ein Staat muss Menschenhandel, Zwangsprostitution und Schwarzarbeit hart bekämpfen. Doch trotz aller Grenzbewachung, Strafandrohung und Schleierfahndung ist die Zahl der Illegalen nur einmal deutlich zurückgegangen: am Tag der EU-Osterweiterung, als viele Polen die Chance bekamen, legal ihre Jobs zu machen (wobei auch hier die Schwarzarbeiterquote hoch geblieben ist). Illegale Einwanderung gibt es, solange alle Beteiligten außer dem Staat sich einen Gewinn versprechen – die Arbeitgeber und Privathaushalte der reichen Welt, die Arbeitsmigranten und Schleuser der armen Welt.

Zu Recht fordern deshalb mehr als 300 Politiker, Juristen, Kirchenleute, Sozialarbeiter und Publizisten in einem Manifest, das am heutigen Mittwoch in Berlin veröffentlicht wird, einen anderen Umgang mit der illegalen Arbeitsmigration. Die Unterschriften hat das „Katholische Forum Leben in der Illegalität“ gesammelt, dessen Vorsitzender, der Münsteraner Weihbischof Josef Voß, auch der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz vorsteht. Die evangelische und die katholische Kirche waren

bislang die einzigen Institutionen, die sich des Themas angenommen haben. Den Parteien ist die Angelegenheit zu heiß, und so blieb auch die alte Ideologie im neuen Zuwanderungsgesetz stehen: Gegen Illegale hilft nur Repression.

Es ist aber Zeit für einen realistischen Umgang mit den Zuwanderern ohne Papiere. Dabei wäre eine Massen-Legalisierung wohl falsch, wie sie gerade Spanien betreibt, wo dringend Erntehelfer gesucht werden – in Deutschland wäre so etwas nur für Härtefälle sinnvoll. Es hieße aber vor allem, den Menschen, die in Deutschland nun mal leben, die Menschenrechte zu garantieren: das Recht auf Krankenbehandlung, Schutz vor Ausbeutung, das Recht von Migrantenkindern auf Schulbildung. Bislang aber machen sich alle strafbar, die Illegale behandeln, beraten, unterrichten; dies sollte geändert werden. Aus grundsätzlichen Überlegungen heraus, aber auch aus Eigennutz: Es macht Menschenhändler nervös, wenn sie wissen, dass ihre potenziellen Opfer den Lohn einklagen können oder Hilfe suchen, wenn sie zur Zwangsprostitution gezwungen werden.

Die illegale Zuwanderung gehört zu den Tabus der öffentlichen Debatte. Man weiß, wie sehr man von ihr profitiert, privat. Und empört sich dann, angetrieben vom schlechten Gewissen, umso lauter. Eine Doppelmoral, die enden sollte.